

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Extrablatt des Landboten

Extrablatt des „Landboten“.

Sinsheim, 7. Mai 1893.

Auflösung des deutschen Reichstags.

Berlin, 6. Mai. Der Reichstag lehnte in seiner heutigen Beratung der **Militärvorlage** den Paragraph 1 des Regierungsentwurfs gegen die Stimmen der Konservativen ab. Hierauf lehnte der Reichstag in namentlicher Abstimmung den Paragraph 1 des Antrags v. Huene mit 210 gegen 162 Stimmen und einer Stimmenenthaltung ab. Der Reichskanzler verlas darauf eine kaiserliche Botschaft, in welcher die **Auflösung des Reichstags** ausgesprochen wird.

Buchdruckerei von G. Beder in Sinsheim.

sich, davon zu sprechen, was aus dem Reiche und aus dem Volk werden soll, wenn unsere Wehrkraft nicht ausreichen würde gegenüber dem feindlichen Ansturm. Wohl wurde der deutschen Grenzprovinzen und ihres Schicksals im Kriegsfall gedacht und die Erinnerung geweckt an die ersten Tage des großen Krieges, da man in Baden und in der Pfalz mit Bangen der Entscheidung harrete und all' dem setzte die Opposition immer wieder ihr starres „Nein“ entgegen. Der Hinweis auf die ziffermäßig nachgewiesene Verstärkung der französischen und russischen Heeresmacht, die Thatsache, daß die Belastung des deutschen Volkes für Militärzwecke zurücksteht hinter jener anderer Nationen, die unermüdet den Ausbau ihrer Wehrkraft der Vervollendung zuführen, die Befürchtung, daß der Fall der Militärvorlage und das traurige Bild der Zerfahrenheit der Volksvertretung in einer für die Existenz des Reiches entscheidenden Frage den seither nur mühsam zurückgehaltenen Wagemuth unserer Gegner verhängnisvoll entflammen müßte — das alles war wirkungslos und nichts blieb übrig, als das kalte „Nein“ der freisinnigen und ultramontanen Parteien und ihrer politischen Freunde. Wer kann es unseren Gegnern verargen, wenn sie aus der traurigen Entscheidung den Schluß ziehen, daß ein Volk, welches seine mit

die Militärvorlage stimmen wollten, sind schwankend geworden, es wird ihnen und zwar von befreundeter Seite, von Landesgenossen, vorge stellt, daß sie die in ruhigere Bahnen zurückgekehrte Politik ihres engeren Vaterlandes stören würden, wenn sie gegen die Militärvorlage stimmten. Die Depesche eines hiesigen Blattes aus Paris, in welcher es heißt, daß französische Journale sich begeistert über die Opposition der Elsaß-Lothringer gegen die Militärvorlage aussprechen, zirkulierte heute im Reichstage und wurde entsprechend verwerthet. Zwei von den Elsaß-Lothringern sind auch thatsächlich zur Abreise bewogen worden.

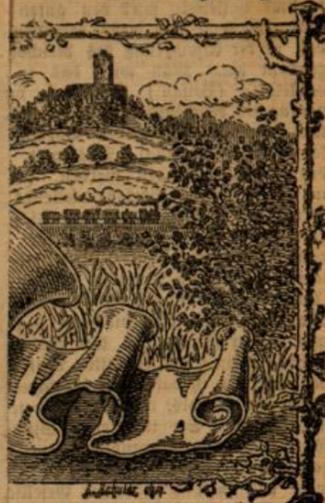
— 5. Mai. Augenblicklich wird mit Zustimmung des Reichskanzlers ein Antrag vorbereitet, welcher die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit für die Dauer der Präsenz-erhöhung ausspricht. Für diesen Antrag werden morgen ungefähr zwanzig Freisinnige stimmen; damit erscheine das Zustandekommen der Vorlage nunmehr gesichert.

— 6. Mai. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, welche die Wahlen zum Reichstag auf Donnerstag den 15. Juni ausschreibt.

nicht vermehrt werde, wie es in der Regierungsvorlage vorgesehen sei. B e e l erinnerte daran, daß seine Partei stets für einen Ausgleich mit Frankreich eingetreten sei. Die breiten Volksmassen seien nicht mehr gewillt, weitere Lasten zu übernehmen. Erzielten die Neuwahlen kein genehmes Resultat, dann werde wohl die Frage des allgemeinen Stimmrechts angeregt werden. Einer solchen Revolution von oben könne leicht eine von unten folgen.

— 6. Mai. (Reichstag.) Die Wahl des Abg. v. R e d e r (Hannover n.L.) wird mit 188 gegen 167 Stimmen für ungültig erklärt (Es sind also in diesem Augenblick 355 Abg. anwesend. Die Zahl der Abg. ist, da 3 Sitze erledigt sind, 394). — Die Abänderung des Militärpensionsgesetzes wird in 2. und 3. Lesung angenommen. — Es folgt die Fortsetzung der 2. Beratung der Militärvorlage. W i s s e r (wildlib.) zieht seinen Antrag (jährliche Festlegung des Etats, die schon besteht) zurück und erklärt sich für den Antrag Huene. — v o n H e l l d o r f f (konf.): Wir dürfen uns freuen, daß in der jetzigen Lage an der Spitze des Reichs ein so sachverständiger Reichskanzler steht. (Sehr gut!) Die fortwährenden Militärforderungen waren die notwendigen Folgen der politischen Verhältnisse. Der Kern der jetzigen Vorlage liegt in der Hebung der Offensivkraft und in der Beschleunigung der Mobilisierung. Wenn die Vorlage angenommen wird, so wird uns Frankreich nicht mehr erreichen können. Die vorhandene ernste Gefahr wird dringend, wenn in Rußland das neue Gewehr fertig ist. Redner wendet sich sodann gegen Dieber und erklärt, der preussische Staatsgedanke allein habe das Reich möglich gemacht. Dieber habe die vom Reichskanzler unpatriotisch genannte Aeußerung über die

54. Jahrgang.



Abdruckungsgebühr für die Kleingekaltene oder deren Raum 10 S. Reklamen werden mit 20 S. die Zeile berechnet.

Briefe und Gelder frei.

Den Morgenblättern zufolge (ath (wildliberal) im Reichstag e einen Abänderungsantrag betr. legung der zweijährigen Dienst-

zi. In der heutigen Reichstagsberatung der Militärvorlage fortgesetzt. Erte, man könne sich auf die Beratung beschränken, da diese allein praktisch Sodann erörterte er die Unterschiede nigen Antrag und dem Antrag Huene. ed bestehe in der zu bewilligenden eres. Wenn der Reichskanzler gestern man die Autorität der Generalstabs- bend betrachte, so erachte er eigent- g des Parlaments für überflüssig. erfordere eine Mehrausgabe von 55 id mit den Ausgaben von Kasernen- ddestens 106 Millionen Mark. Eine lande werde nicht, wie Graf Caprivi ch die Ungewißheit über das Schicksal hervorgehoben, sondern durch die fort- orlagen, welche lähmend auf den einwirken müßten. Reichskanzler ärte, das mannhafteste Auftreten des der eigenen Fraktion verdiene Dank. illigen Aeußerungen des Abg. Richter ru, was der Krieg im eigenen Lande eigenen Turppen würden dann zur anzler wies ziffermäßig nach, daß ug auf die Militärlasten günstiger ge- Staaten. Gegenüber der Behauptung, e die heute gemachten Zugeständnisse hlen zurückziehen, erklärte er bildig, werde für den Fall einer Reichstags- le der Regierung. Der Abg. Richter ißzuverstehender Spitze des Jahres amals aber waren Bismard und nte. Sie hatten also Anteil an dem Richter vermöge nicht mit Achtung denken, die pietätvoll, wie die Hohen- gedenken und nicht mit der Tradition m m (Reichsp.) erklärte, das Land ng der Militärlasten gerne tragen Prämie für die Erhaltung des Frie- tei werde für den Antrag Huene es auch bedauere, daß die Kavallerie